

Geschäftsbericht 2005

BHE AG

Inhalt

2	Tagesordnung für die Hauptversammlung
4	Bericht des Aufsichtsrats
6	Corporate Governance Bericht
9	Lagebericht der BHE Beteiligungs-Aktiengesellschaft
11	Jahresabschluss der BHE Beteiligungs-Aktiengesellschaft
	12 Bilanz
	14 Gewinn- und Verlustrechnung
	15 Anhang
	20 Bestätigungsvermerk
21	Aufsichtsrat und Vorstand und ihre Mandate

Tagesordnung

für die Hauptversammlung

Wir laden hiermit unsere Aktionäre zu der am Mittwoch, dem 31. Mai 2006, 11:00 Uhr, im INNSIDE Premium Suites, Neue Mainzer Straße 66-68, 60311 Frankfurt am Main, stattfindenden ordentlichen Hauptversammlung ein.

1. Vorlage des Jahresabschlusses 2005

Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses, des Lageberichts und des Berichts des Aufsichtsrats für 2005

2. Beschlussfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns für das Geschäftsjahr 2005

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den Bilanzgewinn in Höhe von 159.713 € wie folgt zu verwenden:

Vortrag auf neue Rechnung	159.713	€
Bilanzgewinn	159.713	€

3. Beschlussfassung über die Entlastung des Vorstands

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, dem Vorstand für das Geschäftsjahr 2005 Entlastung zu erteilen.

4. Beschlussfassung über die Entlastung des Aufsichtsrats

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2005 Entlastung zu erteilen.

5. Wahl des Abschlussprüfers

Der Aufsichtsrat schlägt vor, die HANSA PARTNER GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg, zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2006 zu wählen.

TEILNAHMEBEDINGUNGEN

Durch das am 1. November 2005 in Kraft getretene Gesetz zur Unternehmensintegrität und Modernisierung des Anfechtungsrechts (UMAG) und die entsprechende Anpassung der Satzung der Gesellschaft haben sich die Voraussetzungen für die Berechtigung zur Teilnahme an der Hauptversammlung und die Ausübung des Stimmrechts geändert.

Danach sind zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts diejenigen Aktionäre berechtigt, die sich vor der Hauptversammlung bei der Gesellschaft unter der nachfolgend genannten Adresse angemeldet haben:

BHE Beteiligungs-AG
c/o Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG
FMS5HV
80311 München
Fax: +49 (0) 89/5400-2519
E-Mail: hauptversammlungen@hvb.de

Die Anmeldung muss spätestens bis zum Ablauf des 24. Mai 2006 (24:00 Uhr MESZ) zugehen.

Ferner ist die Berechtigung zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts nachzuweisen. Zum Nachweis ist eine in Textform in deutscher oder englischer Sprache erstellte Bescheinigung des depotführenden Instituts über den Aktienbesitz notwendig. Der Nachweis des Aktienbesitzes muss sich auf den Beginn des 10. Mai 2006 (00:00 Uhr MESZ) beziehen und der Gesellschaft spätestens bis zum Ablauf des 24. Mai 2006 (24:00 Uhr MESZ) unter folgender Adresse zugehen:

BHE Beteiligungs-AG
c/o Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG
FMS5HV
80311 München
Fax: +49 (0) 89/5400-2519
E-Mail: hauptversammlungen@hvb.de

Nach Eingang des Nachweises ihres Anteilsbesitzes bei der Gesellschaft werden den Aktionären Eintrittskarten für die Hauptversammlung übersandt. Um den rechtzeitigen Erhalt der Eintrittskarten sicherzustellen, bitten wir die Aktionäre, frühzeitig für die Übersendung des Nachweises ihres Anteilsbesitzes an die Gesellschaft Sorge zu tragen.

STIMMRECHTSVERTRETUNG

Der Aktionär kann sein Stimmrecht in der Hauptversammlung auch durch einen Bevollmächtigten, z. B. durch die Depot führende Bank, eine Aktionärsvereinigung oder eine andere Person seiner Wahl ausüben lassen.

Wir bieten als Service unseren Aktionären an, von der Gesellschaft benannte weisungs-gebundene Stimmrechtsvertreter bereits vor der Hauptversammlung zu bevollmächtigen. Die Aktionäre benötigen hierzu eine Eintrittskarte zur Hauptversammlung. Um den rechtzeitigen Erhalt der Eintrittskarte sicherzustellen, sollte die Bestellung möglichst frühzeitig bei der Depotbank eingehen. Die Vollmacht ist schriftlich oder per Telefax zu erteilen. Soweit von der Gesellschaft benannte Stimmrechtsvertreter bevollmächtigt werden, müssen diesen in jedem Fall

Weisungen für die Ausübung des Stimmrechts erteilt werden. Ohne Weisungen ist die Vollmacht ungültig. Die Stimmrechtsvertreter sind verpflichtet, weisungsgemäß abzustimmen.

ANTRÄGE UND WAHLVORSCHLÄGE VON AKTIONÄREN

Anträge und Wahlvorschläge von Aktionären im Sinne von §§ 126, 127 AktG sind unter Nachweis der Aktionärsseigenschaft des Antragstellers ausschließlich zu richten an:

BHE Beteiligungs-AG
- Hauptversammlung -
Opernplatz 2
60313 Frankfurt am Main
Fax +49 (0) 69/90026-555
E-Mail: info@bhe-ag.de

Unter dieser Adresse spätestens zwei Wochen vor dem Tag der Hauptversammlung eingegangene Gegenanträge und Wahlvorschläge werden, soweit sie zugänglich zu machen sind, unverzüglich nach ihrem Eingang im Internet unter www.bhe-ag.de veröffentlicht. Anderweitig adressierte Gegenanträge und Wahlvorschläge werden nicht berücksichtigt.

Frankfurt am Main, im April 2006

Der Vorstand

Bericht

des Aufsichtsrats

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2005 anhand der ihm vom Vorstand regelmäßig mündlich und schriftlich über die Lage der Gesellschaft erstatteten Berichte sowie durch Besprechung wichtiger Geschäftsvorfälle Einblick in die Entwicklung der Gesellschaft genommen und sich von der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung des Vorstands überzeugt.

Im Geschäftsjahr 2005 fanden vier Aufsichtsratsitzungen und eine konstituierende Sitzung statt. Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr keine Ausschüsse gebildet. Alle Themen wurden im Plenum des Aufsichtsrats beraten und entschieden. Alle Mitglieder haben mindestens an der Hälfte der Sitzungen teilgenommen. In schriftlichen Quartalsberichten unterrichtete der Vorstand den Aufsichtsrat über die Lage der BHE, die Geschäftspolitik, bedeutsame Geschäftsfälle und die Entwicklung der Ergebnisse.

SCHWERPUNKTE DER BERATUNGEN IM AUFSICHTSRAT

Da sich die Gesellschaft im Wesentlichen mit der Liegenschaftsverwaltung der noch vorhandenen Grundstücke und Gebäude beschäftigt, prägten diese Themen die inhaltlichen Schwerpunkte der Arbeit im Aufsichtsrat im Berichtsjahr.

Im Rahmen der Novembersitzung wurden die Planung für das Geschäftsjahr sowie die Mittelfristplanungen für 2005 bis 2008 diskutiert und durch den Aufsichtsrat gebilligt.

CORPORATE GOVERNANCE KODEX UND ENTSPRECHENSERKLÄRUNG

Der Aufsichtsrat befasste sich in der Sitzung am 24. November 2005 ausführlich unter Berücksichtigung der Neufassung vom 2. Juni 2005 mit der Umsetzung des Deutschen Corporate Governance Kodex.

Der Kodex dokumentiert wesentliche gesetzliche Vorschriften zur Leitung und Überwachung deutscher börsennotierter Aktiengesellschaften und enthält international und national anerkannte Standards guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung.

Die BHE folgt bis auf wenige Ausnahmen diesen Empfehlungen. Die Abweichungen wurden in der Entsprechenserklärung erläutert und sind in der jeweiligen gültigen Fassung auf der Webseite der BHE unter www.bhe-ag.de veröffentlicht. Die Entsprechenserklärung und der Corporate Governance Bericht sind im nachfolgenden Kapitel wiedergegeben.

Die Entsprechenserklärung wird zusammen mit dem Jahresabschluss und Lagebericht sowie mit den übrigen offen zu legenden Unterlagen im Bundesanzeiger bekannt gemacht und zum Handelsregister eingereicht.

JAHRESABSCHLUSSPRÜFUNG

Der vom Vorstand aufgestellte Jahresabschluss zum 31. Dezember 2005 und der Lagebericht wurden unter Einbeziehung der Buchführung von der HANSA PARTNER GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg, geprüft.

Der Abschlussprüfer hat den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

Jahresabschluss, Lagebericht des Vorstands und Prüfungsbericht des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2005 sind dem Aufsichtsrat gemäß § 170 AktG zur Prüfung vorgelegt worden. In der Aufsichtsratsitzung vom 18. April 2006 hat er zusammen mit dem Vorstand und dem Abschlussprüfer diese Unterlagen beraten. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung erhebt der Aufsichtsrat keine Einwendungen. Er hat den Jahresabschluss 2005 gebilligt, der damit gemäß § 172 AktG festgestellt ist.

Der Vorstand schlägt vor, den Bilanzgewinn von 159.713 € auf neue Rechnung vorzutragen, der Aufsichtsrat schließt sich dem Vorschlag des Vorstands zur Verwendung des Bilanzgewinns an.

Zum Risikofrüherkennungssystem erklärt der Abschlussprüfer, dass der Vorstand die nach § 91 Abs. 2 AktG geforderten Maßnahmen, insbesondere zur Errichtung eines Überwachungssystems, in geeigneter Weise getroffen hat und das dieses geeignet ist, Entwicklungen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden, frühzeitig zu erkennen.

Der Vorstand hat gemäß § 312 AktG den Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgestellt und im Lagebericht die gesetzlich vorgeschriebene Schlusserklärung wiedergegeben. Der Abschlussprüfer, die HANSA PARTNER GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg, hat den Bericht geprüft und folgenden Bestätigungsvermerk erteilt:

„Nach unserer pflichtgemäßen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistungen der Gesellschaft nicht unangemessen hoch waren,
3. bei den im Bericht aufgeführten Maßnahmen keine Umstände für eine wesentlich andere Beurteilung als die durch den Vorstand sprechen.“

Der Aufsichtsrat erklärt, dass nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung keine Einwendungen gegen die Erklärung des Vorstands am Schluss des Berichts über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen zu erheben sind.

BESETZUNG UND VERÄNDERUNGEN VON AUFSICHTSRAT UND VORSTAND

Die Amtszeit aller Mitglieder des Aufsichtsrats, d. h. der Herren Prof. Dr. iur. Dr. h. c. Gerhard W. Wittkämper, Martin Billhardt und Karl-Ernst Schweikert, endete mit der ordentlichen Hauptversammlung am 14. Juli 2005. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurden die Herren Roland Flach, Valentin Reisgen und Michael Dieckell. In seiner konstituierenden Sitzung bestimmte der Aufsichtsrat Herrn Roland Flach zum Vorsitzenden und Herrn Valentin Reisgen zu seinem Stellvertreter.

Der Vorstand setzt sich seit dem 23. Mai 2005 aus den Herren Karsten Griese und Thomas Hopf zusammen. Herr Roland Flach hat sein Amt als Vorstand der Gesellschaft niedergelegt und gehörte diesem bis zum 5. Juli 2005 an.

Frankfurt am Main, im April 2006

Der Aufsichtsrat

Roland Flach
Vorsitzender

Corporate Governance Bericht

Im Jahre 2001 hat die Deutsche Bundesregierung eine Regierungskommission mit der Entwicklung eines Deutschen Corporate Governance Kodex beauftragt. Dieser Kodex wurde Anfang 2002 fertig gestellt. Die BHE AG bezieht sich in ihren Erklärungen für den Zeitraum 2002 auf die Kodex-Fassung vom 7. November 2002, für den Zeitraum 2003 und 2004 auf die Fassung vom 21. Mai 2003 und für die gegenwärtige und künftige Corporate Governance Praxis auf die Anforderungen des Kodex in seiner Fassung vom 2. Juni 2005.

Er erhält drei Arten von Standards:

- Vorschriften, die geltende deutsche Gesetzesnormen beschreiben
- Empfehlungen und
- Anregungen.

Allein die Vorschriften sind von den deutschen Unternehmen zwingend anzuwenden. Hinsichtlich der Empfehlungen sieht das deutsche Aktiengesetz nach § 161 AktG lediglich vor, dass börsennotierte Unternehmen jährlich eine Erklärung zur Beachtung veröffentlichten müssen. Ausnahmen von den Empfehlungen sollen in der Erklärung einzeln aufgeführt werden. Von Anregungen können die Unternehmen ohne Erklärungspflicht abweichen.

Die BHE AG befolgt die Grundsätze des Deutschen Corporate Governance Kodex von Anfang an wei-

testgehend. Sowohl der Vorstand als auch der Aufsichtsrat der BHE AG sind dem Deutschen Corporate Governance Kodex verpflichtet und geben jährlich eine Entsprechenserklärung ab. Weder dem Vorstand noch dem Aufsichtsrat sind Fälle bekannt, in denen gegen die Grundsätze in ihrer jeweiligen Fassung verstoßen wurde.

ENTSPRECHENSERKLÄRUNG NACH § 161 AKTG

Vorstand und Aufsichtsrat haben im November 2005 eine aktualisierte Entsprechenserklärung nach § 161 AktG abgegeben. Die sich aufgrund der Statuten ergebenden Abweichungen von den Empfehlungen des Kodex sind nachfolgend aufgeführt:

„Entsprechenserklärung des Vorstands und des Aufsichtsrats der BHE Beteiligungs-AG zu den Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex

Den Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 21. Mai 2003 wurde im Zeitraum vom 30. November 2004 bis 24. November 2005 mit den in der Entsprechenserklärung der BHE AG im Dezember 2004 veröffentlichten Ausnahmen entsprochen. Die Entsprechenserklärung der BHE AG mit Stand Dezember 2004 wurde im Bundesanzeiger veröffentlicht und kann auch weiterhin auf der Internetseite der Gesellschaft eingesehen werden.

Die BHE AG wird den Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 2. Juni 2005 künftig mit folgenden Ausnahmen entsprechen:

- 3.8 (2) Schließt die Gesellschaft für Vorstand und Aufsichtsrat eine D&O-Versicherung ab, so soll ein angemessener Selbstbehalt vereinbart werden.
- 4.2.1 Der Vorstand soll aus mehreren Personen bestehen und einen Vorsitzenden oder Sprecher haben. (...)
- 4.2.2 (1) Das Aufsichtsratsplenium soll auf Vorschlag des Gremiums, das die Vorstandsverträge behandelt, über die Struktur des Vergütungssystems für den Vorstand beraten und soll sie regelmäßig überprüfen.
- 4.2.3 (1) Die Gesamtvergütung der Vorstandsmitglieder soll fixe und variable Bestandteile umfassen. Die variablen Vergütungsteile sollten einmalige sowie jährlich wiederkehrende, an den geschäftlichen Erfolg gebundene Komponenten und auch Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung und Risikocharakter enthalten. Sämtliche Vergütungsbestandteile müssen für sich und insgesamt angemessen sein.
- (2) Als variable Vergütungskomponenten mit langfristiger Anreizwirkung und Risikocharakter dienen insbesondere Aktien der Gesellschaft mit mehrjähriger Veräußerungssperre, Aktienoptionen oder vergleichbare Gestaltungen (z. B. Phantom Stocks). Aktienoptionen und vergleichbare Gestaltungen sollen auf anspruchsvolle, relevante Vergleichsparameter bezogen sein. Eine nachträgliche Änderung der Erfolgsziele oder der Vergleichsparameter soll ausgeschlossen sein. Für au-

ßerordentliche, nicht vorhergesehene Entwicklungen soll der Aufsichtsrat eine Begrenzungsmöglichkeit (Cap) vereinbaren.

(3) Die Grundzüge des Vergütungssystems sowie die konkrete Ausgestaltung eines Aktienoptionsplans oder vergleichbarer Gestaltungen für Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung und Risikocharakter sollen auf der Internetseite der Gesellschaft in allgemein verständlicher Form bekannt gemacht und im Geschäftsbericht erläutert werden. Hierzu sollen auch Angaben zum Wert von Aktienoptionen gehören.

4.2.4 Die Vergütung der Vorstandsmitglieder soll im Anhang des Konzernabschlusses aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung ausgewiesen werden. Die Angaben sollten individualisiert erfolgen. Die Vergütung der Vorstandsmitglieder soll im Anhang des Konzernabschlusses aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung ausgewiesen werden. Die Angaben sollen individualisiert erfolgen.

5.3.2 Der Aufsichtsrat soll einen Prüfungsausschuss (audit committee) einrichten, der sich insbesondere mit Fragen der Rechnungslegung und des Risikomanagements, der erforderlichen Unabhängigkeit des Abschlussprüfers, der Erteilung des Prüfungsauftrags an den Abschlussprüfer, der Bestimmung von Prüfungsschwerpunkten und der Honorarvereinbarung befasst. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses soll über besondere Kenntnisse und Erfahrungen in der Anwendung von Rechnungslegungsgrundsätzen und internen Kontrollverfahren verfügen. (...)

5.4.7 (1) Die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder wird durch Beschluss der Hauptversammlung oder in der Satzung festgelegt. Sie trägt der Verantwortung und dem Tätigkeitsumfang der Aufsichtsratsmitglieder sowie der wirtschaftlichen Lage und dem Erfolg des Unternehmens Rechnung. Dabei sollen der Vorsitz und der stellvertretende Vorsitz im Aufsichtsrat sowie der Vorsitz und die Mitgliedschaft in den Ausschüssen berücksichtigt werden.

(2) Die Mitglieder des Aufsichtsrats sollen neben einer festen eine erfolgsorientierte Vergütung erhalten. (...)

7.1.1 (...) Der Konzernabschluss und die Zwischenberichte sollen unter Beachtung international anerkannter Rechnungslegungsgrundsätze aufgestellt werden. (...)

7.1.2 (...) Der Konzernabschluss soll binnen 90 Tagen nach Geschäftsjahresende, die Zwischenberichte sollen binnen 45 Tagen nach Ende des Berichtszeitraums, öffentlich zugänglich sein.

7.1.3 Der Corporate Governance Bericht soll konkrete Angaben über Aktienoptionsprogramme und ähnliche wertpapierorientierte Anreizsysteme der Gesellschaft enthalten.

Frankfurt am Main, im November 2005

Der Aufsichtsrat

Der Vorstand“

Lagebericht

der BHE Beteiligungs-Aktiengesellschaft

GESCHÄFTSENTWICKLUNG

Die Aktivitäten der Gesellschaft bestehen aus der Liegenschaftsverwaltung von Grundstücken und Gebäuden mit einer Gesamtfläche von rund 58.000 m². Nach der erfolgreichen Umwidmung der Grundstücke der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2003 wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr die Verkaufsverhandlungen mit potentiellen Käufern für einzelne Liegenschaften fortgesetzt. So konnten im Geschäftsjahr 2005 die Bahnhöfe in Dibbersen und Brinkum, sowie unbebaute Grundstücke in Dibbersen, Brinkum, Stuhr und Leeste erfolgreich verkauft werden. Diese Grundstücke umfassten insgesamt rund 24.000 m² und wurden zu einem Wert von 541,2 T€ veräußert.

Neben den Einnahmen aus Grundstücksverkäufen erwirtschaftete die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2005 Erlöse aus Pachteinnahmen der Liegenschaften und aus Zinseinnahmen der angelegten, nicht benötigten liquiden Mittel.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit beträgt minus 140,0 T€.

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Die Umsatzerlöse betragen 52,1 T€ gegenüber 61,3 T€ im Vorjahr und setzen sich im Wesentlichen aus Mieterlösen sowie Betriebskostenerstattungen zusammen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge betragen 480,3 T€ gegenüber 94,6 T€ im Vorjahr. Der Anstieg resultiert aus den Verkäufen der Grundstücke in Dibbersen, Brinkum, Stuhr und Leeste.

Darüber hinaus verfügt die Gesellschaft über Einnahmen von 34,1 T€ aus sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen.

Der Materialaufwand hat sich gegenüber dem Vorjahr um 9,2 T€ erhöht. Die Aufwendungen betreffen vor allem Aufräum-, Rodungs- und Entsorgungsarbeiten auf den nicht bebauten Grundstücken, die für die

spätere Entwicklung notwendig sind. Weiterhin sind in dieser Position Kosten für Verkehrssicherungsmaßnahmen enthalten.

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag (11,1 T€) resultieren aus dem steuerlichen Verlustrücktrag der laufenden Periode in das Vorjahr. Im Vorjahr ist ein Aufwand in Höhe von 22,8 T€ aufgrund einer Köperschaftsteuer- und Gewerbesteuerstellung für das Periodenergebnis entstanden.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit verschlechterte sich auf Grund der Bildung einer 6b-Rücklage in Höhe von 438,0 T€ von 54,9 T€ auf minus 140,0 T€ für das Geschäftsjahr 2005. Der Jahresfehlbetrag beträgt 130,4 T€.

BILANZSUMME

Das Anlagevermögen beträgt zum 31. Dezember 2005 insgesamt 9,9 T€ gegenüber 114,2 T€ am Vorjahresstichtag. Die Sachanlagen verringerten sich um 103 T€ zum Vorjahr aufgrund der diversen Verkäufe der Grundstücke in Brinkum, Dibbersen, Stuhr und Leeste.

Das Umlaufvermögen in Höhe von 1.204,3 T€ setzt sich im Wesentlichen aus Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen sowie Guthaben bei Kreditinstituten zusammen. Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich diese Position um 351,8 T€.

Auf der Passivseite stellt das Eigenkapital in Höhe von 720,8 T€ (Vorjahr 851,2 T€) zusammen mit dem Sonderposten mit Rücklageanteil in Höhe von 438,0 T€ die stärkste Position dar. Die Steuerrückstellungen wurden um 8,2 T€ gesenkt.

Die Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2005 betragen insgesamt 24,4 T€ (Vorjahr: 74,3 T€). Die Veränderung zum Vorjahr ergibt sich vor allem aus der Reduktion der sonstigen Verbindlichkeiten um 37,2 T€ auf 10,7 T€.

FINANZLAGE

Die Liquidität der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2005 stets ausreichend. Die nicht benötigten liquiden Mittel der Gesellschaft wurden im Rahmen des WCM-Konzern-Clearings zins- und damit Ertrag bringend für die Gesellschaft zu dem derzeit gültigen Konzernverrechnungszinssatz von 4,5 Prozent p. a. angelegt.

UNTERNEHMENSORGANISATION

Nachdem der Bahnbetrieb 1999 eingestellt und Ende 2001 die letzte Buslizenz abgegeben wurde, beschäftigt die BHE keine Mitarbeiter mehr. Die kaufmännische Verwaltung der BHE wird von der Muttergesellschaft WCM AG und die Liegenschaftsverwaltung seit Januar 2002 von der ALLBODEN AG, einer 100-prozentigen Tochtergesellschaft der WCM AG, durchgeführt.

RISIKOBERICHT

Das Risikoüberwachungs- und Risikomanagementsystem hat keine nennenswerten, insbesondere keine bestandsgefährdenden Risiken, die direkt aus dem Unternehmen selbst resultieren könnten, zu erkennen gegeben. Die Gesellschaft ist in das Risikoüberwachungs- und Risikomanagementsystem der Muttergesellschaft, der WCM Beteiligungs- und Grundbesitz-AG, Frankfurt am Main, einbezogen.

AUSBLICK

Die Gesellschaft wird auch im laufenden Geschäftsjahr die Verwaltung der Liegenschaften betreiben. Für einzelne Grundstücke werden mit potentiellen Interessenten bereits Verkaufsverhandlungen geführt. Aufgrund der bisherigen Anfragen sieht der Vorstand eine gute Chance, auch im Geschäftsjahr 2006 Verkäufe zu realisieren. Eine weitere Geschäftstätigkeit außerhalb der Verwaltung und dem Verkauf der Liegenschaften ist nicht vorgesehen.

Aus heutiger Sicht geht der Vorstand davon aus, dass die Gesellschaft die Geschäftsjahre 2006 und 2007 jeweils mit einem positiven Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit abschließen wird.

NACHTRAGSBERICHT

Nach Abschluss des Geschäftsjahres 2005 sind keine wesentlichen Veränderungen im Geschäftsverlauf der Gesellschaft eingetreten.

BEZIEHUNGEN ZU VERBUNDENEN

UNTERNEHMEN

Die WCM Beteiligungs- und Grundbesitz-AG, Frankfurt am Main, hat der Gesellschaft am 2. April 2002 gemäß § 41 i. V. m. § 25 WpHG mitgeteilt, dass ihr 81,9858 Prozent der Stimmrechte zustehen.

Da die Gesellschaft keinem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag unterworfen ist, hat sie gemäß § 312 AktG einen Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen erstellt. Dieser Bericht schließt mit folgender Erklärung:

„Unsere Gesellschaft hat bei den im Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäften und Maßnahmen nach den Umständen, die uns im Zeitpunkt, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden bzw. die Maßnahmen vorgenommen oder unterlassen wurden, bekannt waren, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten.“

Frankfurt am Main, im März 2006

Der Vorstand

Karsten Griese

Thomas Hopf

Jahresabschluss

der BHE Beteiligungs-Aktiengesellschaft

12	Bilanz
14	Gewinn- und Verlustrechnung
15	Anhang
20	Bestätigungsvermerk

Bilanz

Aktiva		31.12.2005	31.12.2004
	Anhang	€	€
Anlagevermögen			
Sachanlagen	(1)	9.936	113.084
Finanzanlagen	(2)	0	1.138
		9.936	114.222
Umlaufvermögen	(3)		
Vorräte		4.000	4.000
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		581.933	747.472
Wertpapiere		0	2
Guthaben bei Kreditinstituten		618.378	101.020
		1.204.311	852.494
Bilanzsumme		1.214.247	966.716

Passiva		31.12.2005	31.12.2004
	Anhang	€	€
Eigenkapital			
Gezeichnetes Kapital	(4)	528.750	528.750
Kapitalrücklage		32.363	32.363
Bilanzgewinn	(5)	159.713	290.089
		720.826	851.202
Sonderposten mit Rücklageanteil			
	(6)	438.046	0
Rückstellungen			
Steuerrückstellungen		10.000	18.200
Sonstige Rückstellungen	(7)	21.000	23.000
		31.000	41.200
Verbindlichkeiten			
Übrige Verbindlichkeiten	(8)	24.375	74.314
		24.375	74.314
Bilanzsumme		1.214.247	966.716

Gewinn- und Verlustrechnung

	Anhang	2005 €	2004 €
Umsatzerlöse	(9)	52.144	61.315
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen		0	-1.000
Sonstige betriebliche Erträge	(10)	480.333	94.591
Materialaufwand	(11)	-52.287	-43.039
Sonstige betriebliche Aufwendungen	(12)	-654.386	-91.103
Erträge aus Beteiligungen		232	348
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens		-2	0
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	(13)	34.103	36.167
Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	(14)	-152	-2.419
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-140.015	54.860
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(15)	11.096	-22.803
Sonstige Steuern		-1.457	-1.257
Jahresfehlbetrag / -überschuss		-130.376	30.800
Gewinnvortrag		290.089	259.289
Bilanzgewinn		159.713	290.089

Anhang

ALLGEMEINE ANGABEN

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2005 der BHE Beteiligungs-Aktiengesellschaft ist nach den Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches und Aktiengesetzes erstellt. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren gegliedert. Die Gesellschaft ist nach § 267 Abs. 3 HGB eine große Kapitalgesellschaft, da sie an einem organisierten Markt im Sinne des § 2 Abs. 5 Wertpapierhandelsgesetz mit von ihr ausgegebenen Wertpapieren teilnimmt.

Gegenstand des Unternehmens ist insbesondere die Einrichtung und der Betrieb von Kraftverkehrslinien im Verkehrsgebiet der früheren Kleinbahn Bremen-Tarmstedt, der Erwerb und die Verwaltung von in- und ausländischen Beteiligungen und Finanzanlagen im eigenen Namen und für eigene Rechnung sowie die Verwaltung des eigenen Grundbesitzes.

Alle notwendigen Angaben, die laut Gesetz wahlweise in der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung oder im Anhang erfolgen können, werden im Anhang ausgewiesen.

BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSGRUNDSÄTZE

Das Sachanlagevermögen ist zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, angesetzt. Die abnutzbaren Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens wurden vollständig abgeschrieben. Die Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten angesetzt.

Die Vorräte werden zu Anschaffungskosten oder zu niedrigeren Tageswerten angesetzt. Forderungen werden zum Nennwert, gegebenenfalls gekürzt um erforderliche Wertberichtigungen, angesetzt.

Die Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Die Verbindlichkeiten sind zum Rückzahlungsbetrag angesetzt.

ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ UND ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

(1) Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist im Anlagespiegel dargestellt.

	Anschaffungs-/ Herstellungskosten	Abgänge	Abschreibungen (kumuliert)	Buchwerte 31.12.2005	Buchwerte 31.12.2004	Abschreibungen des Geschäftsjahres
	€	€	€	€	€	€
Sachanlagen						
Grundstücke mit Wohnbauten	163.720	-112.406	-41.378	9.936	113.084	0
Finanzanlagen						
Beteiligungen	1.138	-1.138	0	0	1.138	0
Anlagevermögen gesamt	164.858	-113.544	-41.378	9.936	114.222	0

Die Abgänge betreffen die Bahnhöfe in Dibbersen und Brinkum, sowie unbebaute Grundstücke in Dibbersen, Brinkum, Stuhr und Leeste mit ca. 24.000 m² zu einem Verkaufspreis von 541.195 €.

(2) **Finanzanlagen**

Die Beteiligung an der Zentral-Omnibus-Bahnhof GmbH in Bremen wurden für 1.149 € an die Omnibusbetrieb von Ahrentschildt GmbH in Zeven verkauft.

(3) **Umlaufvermögen**

Das Umlaufvermögen erhöhte sich von 853 T€ auf 1.204 T€. Die Vorräte umfassen unfertige Leistungen und resultieren aus noch nicht abgerechneten Betriebskosten. Sämtliche Forderungen zum 31. Dezember 2005 haben Restlaufzeiten bis zu einem Jahr. Die Forderung gegenüber der WCM Beteiligungs- und Grundbesitz-AG hat sich zum 31. Dezember 2005 um 179 T€ reduziert. Durch Verkäufe haben sich die flüssigen Mittel um 517 T€ erhöht.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2005	31.12.2004
	€	€
Forderungen aus Vermietung	6.451	5.838
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	562.605	741.634
Sonstige Vermögensgegenstände	12.877	0
Summe	581.933	747.472

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen bestehen gegenüber der WCM AG aus laufendem Verrechnungsverkehr.

(4) **Gezeichnetes Kapital**

Das Grundkapital der Gesellschaft in Höhe von 528.750 € ist in 528.750 nennbetragslose Stückaktien eingeteilt. Es ist voll eingezahlt.

(5) **Bilanzgewinn**

Die Hauptversammlung hat am 14. Juli 2005 beschlossen, den Bilanzgewinn 2004 in Höhe von 290.089 € auf neue Rechnung vorzutragen.

(6) **Sonderposten mit Rücklageanteil**

Aus dem Gewinn der Grundstücksverkäufe im Jahr 2005 wurde eine 6b-Rücklage in Höhe von 438.046 € gebildet.

(7) **Sonstige Rückstellungen**

Die sonstigen Rückstellungen betreffen Prüfungskosten (12 T€), Hauptversammlungskosten (3 T€), Veröffentlichungskosten (4 T€) und Kosten für noch ausstehende Rechnungen (2 T€).

(8) Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten sind nicht besichert und stellen sich wie folgt dar:

	Gesamt €	Restlaufzeiten		
		unter 1 Jahr €	1 bis 5 Jahre €	über 5 Jahre €
Erhaltene Anzahlungen	2.209	2.209	0	0
Vorjahr	2.693	2.693	0	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	7.220	7.220	0	0
Vorjahr	20.956	20.956	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	4.225	4.225	0	0
Vorjahr	2.793	2.793	0	0
Sonstige Verbindlichkeiten	10.721	10.721	0	0
Vorjahr	47.872	47.872	0	0
Summe	24.375	24.375	0	0
Vorjahr	74.314	74.314	0	0

Die sonstigen Verbindlichkeiten enthalten Verbindlichkeiten aus Steuern in Höhe von 10.721 € (Vorjahr 48 T€).

(9) Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse im Geschäftsjahr 2005 enthalten Mieterlöse und Betriebskostenerstattungen.

(10) Sonstige betriebliche Erträge

Die Erhöhung der sonstigen betrieblichen Erträge um 386 T€ auf 480 T€ gegenüber dem Vorjahr resultiert im Wesentlichen aus dem Verkauf der be- und unbebauten Grundstücke (438 T€).

(11) Materialaufwand

Die Aufwendungen aus Hausbewirtschaftung betreffen Aufwendungen für die Pflege von unbebauten Grundstücken und die Instandhaltung diverser Gebäude.

(12) Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten hauptsächlich Prüfungs-, Rechts- und Beratungskosten (20 T€), Aufsichtsratsvergütungen (netto 9 T€), Einzelwertberichtigungen auf Mietforderungen (11 T€), Verkaufsprovisionen (24 T€) und Verwaltungskosten (104 T€) sowie den Aufwand für die Einstellung in die 6b-Rücklagen (438 T€).

(13) Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Von den sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen entfallen auf verbundene Unternehmen 33.891 € (Vorjahr: 36 T€).

(14) Zinsen und ähnliche Aufwendungen

In dieser Position sind Zinsen und ähnliche Aufwendungen an verbundene Unternehmen in Höhe von 152 € (Vorjahr: 2 T€) enthalten.

(15) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Erträge bei den Steuern vom Einkommen und Ertrag resultieren aus dem steuerlichen Verlustrücktrag der laufenden Periode in das Vorjahr.

Im Geschäftsjahr wurde das Jahresergebnis durch die Bildung des Sonderpostens mit Rücklageanteil um 438.046 € gemindert. In Zukunft wird durch Auflösung oder Übertragung des Sonderpostens eine Steuerbelastung von 180 T€ zu erwarten sein.

SONSTIGE ANGABEN

MITGLIEDER DES AUFSICHTSRATS UND VORSTANDS UND IHRE MANDATE

Die Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands sind auf den Seiten 21 ff. angegeben.

ORGANBEZÜGE

Der Vorstand erhielt im Berichtsjahr die Bezüge von verbundenen Unternehmen.

Der Aufsichtsrats erhielt im Geschäftsjahr für die Wahrnehmung seiner Aufgaben folgende Vergütungen:

in EUR	Fixum
Roland Flach, Vorsitzender	2.161
Valentin Reisgen, Stellvertreter	1.621
Michael Dieckell	932
Prof. Dr. Gerhard W. Wittkämper	2.479
Karl-Ernst Schweikert	2.110
Martin Billhardt	1.240
	10.543

Die angegebenen Bezüge enthalten teilweise Umsatzsteuer.

Im Geschäftsjahr wurden keine Vorschüsse, Kredite, Bürgschaften oder Gewährleistungen an Mitglieder des Vorstands oder des Aufsichtsrats gewährt.

Für die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats besteht eine D&O-Versicherung ohne Selbstbehalt.

MITGETEILTE BETEILIGUNGEN NACH WPHG

Die WCM Beteiligungs- und Grundbesitz-Aktiengesellschaft mit Sitz in Frankfurt am Main hat der Gesellschaft am 2. April 2002 gemäß § 41 i. V. m. § 25 WpHG mitgeteilt, dass ihr 81,9858 Prozent der Stimmrechte an der Gesellschaft zustehen.

KONZERNABSCHLUSS

Die Gesellschaft gehört zum Konzern der WCM Beteiligungs- und Grundbesitz-Aktiengesellschaft. Diese erstellt einen Konzernabschluss, der beim Handelsregister des Amtsgerichts Frankfurt am Main, Abt. B Nr. 55 695, hinterlegt wird.

CORPORATE GOVERNANCE

Vorstand und Aufsichtsrat haben die nach § 161 AktG vorgeschriebene Erklärung zum Corporate Governance Kodex abgegeben und den Aktionären unter www.bhe-ag.de dauerhaft zugänglich gemacht.

HONORARE DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Im Geschäftsjahr sind als Aufwand für die Prüfungsleistungen des Abschlussprüfers 12 T€ angefallen.

Frankfurt am Main, im März 2006

Der Vorstand

Karsten Griese Thomas Hopf

Bestätigungsvermerk

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der BHE Beteiligungs-Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main, für das zum 31. Dezember 2005 endende Geschäftsjahr geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstandes der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und wesentlicher Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, den 30. März 2006

HANSA PARTNER GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Drüen ppa. Schmidt-Gottschalk
Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüfer

Aufsichtsrat und Vorstand

und ihre Mandate

MITGLIEDER DES AUFSICHTSRATS UND IHRE MANDATE

Roland Flach, Kronberg im Taunus, Vorsitzender seit 14.07.2005

Vorsitzender des Vorstands der WCM Beteiligungs- und Grundbesitz-AG

Gesetzliche Aufsichtsratsmandate

- › KHS AG, Vorsitzender*
- › Klöckner-Werke AG, Vorsitzender*
- › MATERNUS-Kliniken AG*
- › RSE Grundbesitz und Beteiligungs-AG Vorsitzender*
- › RSE Projektmanagement AG, Vorsitzender*
- › YMOS AG, Vorsitzender*

Vergleichbare Mandate

- › KHS USA Inc., Vorsitzender*

Prof. Dr. iur. Dr. h. c. Gerhard W. Wittkämper, Overath, Vorsitzender bis 14.07.2005

Universitätsprofessor

- › Otto Quast Bau Aktiengesellschaft, stellvertretender Vorsitzender
- › Zahoransky AG, stellvertretender Vorsitzender

Valentin Reisgen, Neuss, stellvertretender Vorsitzender seit 14.07.2005

Vorstandsvorsitzender der KHS AG sowie

Vorstand der Klöckner-Werke AG und der WCM Beteiligungs- und Grundbesitz-AG

Gesetzliche Aufsichtsratsmandate

- › ALLBODEN Allgemeine Grundstücks-AG, Vorsitzender*
- › MATERNUS-Kliniken AG*
- › RSE Grundbesitz und Beteiligungs-AG, stellvertretender Vorsitzender*
- › YMOS AG*

Vergleichbare Mandate

- › KHS Pacific Pty. Ltd. (Australien)*
- › KHS Industria de Maquinas Ltda. (Brasilien)*
- › KHS Machinery Pvt. Ltd. (Indien)*
- › KHS Mexico S.A. de C.V. (Mexico)*
- › KHS Asia Pt Ltd. (Singapur)*
- › KHS Manufacturing Pty. Ltd. (Südafrika)*
- › KHS America, Inc. (USA)*
- › KHS USA, Inc. (USA)*

*Konzernmandate

Karl-Ernst Schweikert, Männedorf (Schweiz), stellvertretender Vorsitzender bis 14.07.2005

- › KHS AG
- › Klöckner-Werke AG
- › MATERNUS-Kliniken Aktiengesellschaft
- › RSE Grundbesitz und Beteiligungs-AG

Michael Dieckell, Bremerhaven, seit 14.07.2005

Geschäftsführer der Dieckell Vermögensverwaltungs- und Beratungsgesellschaft mbH

Vergleichbare Mandate

- › ACR Verwaltungs GmbH, Mitglied des Beirats
- › Fortune Management Inc. (USA)

Martin Billhardt, Cuxhaven, bis 14.07.2005, Vorstand Plambeck Neue Energien AG

- › Portum AG

MITGLIEDER DES VORSTANDS UND IHRE MANDATE

Thomas Hopf, Frankfurt am Main, seit 23.05.2005

Gesetzliche Aufsichtsratsmandate

- › ALLBODEN Allgemeine Grundstücks-AG, stellvertretender Vorsitzender*
- › RSE Projektmanagement AG, stellvertretender Vorsitzender*

Karsten Griese, Bremen, seit 23.05.2005

Roland Flach, Kronberg im Taunus, Vorstand bis 05.07.2005

Gesetzliche Aufsichtsratsmandate

- › KHS AG, Vorsitzender*
- › Klöckner-Werke AG, Vorsitzender*
- › MATERNUS-Kliniken AG*
- › RSE Grundbesitz und Beteiligungs-AG Vorsitzender* seit 10.08.2005
- › RSE Projektmanagement AG, Vorsitzender*
- › YMOS AG, Vorsitzender*

Vergleichbare Mandate

- › KHS USA Inc., Vorsitzender*

*Konzernmandate

IMPRESSUM

BHE BETEILIGUNGS-AKTIENGESELLSCHAFT

Opernplatz 2
60313 Frankfurt am Main
Telefon: 069 900 26-0
Fax: 069 900 26-110

Internet www.bhe-ag.de
E-Mail info@bhe-ag.de

WKN 822 250
ISIN DE 000 822 25 06